

Erhalt von Straßen hat künftig Vorrang vor Neubau

Bundesverkehrsminister steuert um: Neue Projekte nur noch bei Hauptachsen, Ortsumfahrungen „vom Tisch“

NIKOLAUS DOLL

Der bedenkliche Zustand der deutschen Verkehrsinfrastruktur hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) zu einem Kurswechsel veranlasst. Künftig soll anders als bislang der größere Teil der Mittel in den Erhalt bestehender Straßen, Schienenwege und Wasserstraßen fließen, der Etat für neue Projekte wird hingegen zurückgefahren. Solange der seit Jahren mit zehn Milliarden ausgestattete Verkehrsetat nicht aufgestockt werde, stehe sein Haus vor „der Frage des Umstüdens“. „Die Zeit der Wunschzettel ist vorbei, wir müssen streng priorisieren“, sagte Ramsauer bei der 3. Nationalen Konferenz „Güterverkehr und Logistik“ in Nürnberg. Angesichts knapper Kassen sollen demnach statt

der bisherigen 55 Prozent künftig nur noch 30 Prozent der bereitstehenden Mittel in den Neubau von Straßen, Schienennetzen und Wasserstraßen fließen, kündigte der Minister an. Dafür sollen für den Erhalt der bereits bestehenden Verkehrsinfrastruktur künftig 70 Prozent des Etats aufgewandt werden. Derzeit stehen zur Finanzierung der gesamten Verkehrsinfrastruktur im Land pro Jahr 10,4 Milliarden Euro zur Verfügung. Experten, Verbände und selbst Politiker aller Parteien verweisen darauf, dass die Verkehrswege damit dramatisch unterfinanziert sind. Die Union sieht in ihrem Wahlkampfprogramm vor, dass es künftig pro Jahr 1,25 Milliarden zusätzlich geben soll, die Sozialdemokraten wollen den Verkehrsetat ebenfalls aufstocken. Eine neue Bundesregierung muss in jedem Fall schnell handeln, um den Verfall

der Straßen, Schienen und Wasserwege aufzuhalten.

Ramsauer will sich bei Neubauprojekten im Bereich des Straßennetzes künftig überwiegend auf die großen Verkehrsachsen konzentrieren. „Das bedeutet auf die Autobahnen und dort vor allem auf die Beseitigung von Engpässen“, heißt es in seinem Ministerium. Das hat zur Folge dass bei nahezu allen anderen neuen Vorhaben deutliche Abstriche gemacht werden müssten. „Der Bau neuer Ortsumfahrungen oder neuer Projekte bei Bundesstraßen sind damit praktisch vom Tisch.“ Die Bundesregierung kann bei Umfahrungen von Dörfern und Städten direkt Einfluss nehmen, wenn diese Teil von Bundesstraßen sind.

Der Minister sieht zu diesem – sicher in Teilen der Bevölkerung unpopulären – Schwenk keine Alternative. „Der Zustand unserer Infrastruktur ist zum Teil miserabel, wenn ich die hierzulande gültigen Maßstäbe anlege“, hatte Ramsauer jüngst gegen der „Welt“ eingeräumt. „Es brennt an allen Ecken und Enden.“ Künftig müsse der Schwerpunkt auf dem

Erhalt der Substanz liegen, das habe Vorrang gegenüber neuen Projekten. Derzeit wird der ab 2015 geltende Bundesverkehrswegeplan entsprechend ausgerichtet. Die Länder haben noch bis August Zeit, Vorschläge für Aus- und Neubauten bei den Verkehrswegen zu machen. Ramsauer hatte die Länderchefs mehrfach gemahnt, sich auf „absolut vorran-

Kritik an der Planung der vergangenen Jahre will man dort allerdings nicht zulassen – egal welche Bundesregierung am Ruder gewesen sei. „Der Aufbau Ost hatte Priorität, angesichts der Zustände der Infrastruktur in den neuen Ländern gab es zu zahlreichen Neubauprojekten keine Alternative“, heißt es im Ministerium. Dadurch seien die Straßen und Schienenwege im Westen vernachlässigt worden, nun müsse man wieder verstärkt dort investieren.

Doch dafür steht bislang immer weniger Geld zur Verfügung. Schließlich werde der Verkehrsetat wegen der Kostensteigerungen Jahr für Jahr um rund drei Prozent „entwertet“, so Ramsauer. „Das sind jährlich rund 30 Millionen Euro, die uns faktisch weniger zur Verfügung stehen. Dafür könnten wir 300 Ortsumgehungen oder 30 Kilometer vierspurige Autobahn bauen“, sagte Ramsauer. Allein die Ausgaben für Brückensanierungen machten mit rund 900 Millionen Euro inzwischen fast ein Fünftel der jährlichen Ausgaben seines Ministeriums für den Straßenbau aus. *mit dpa*

„Die Zeit der Wunschzettel ist vorbei“

Peter Ramsauer,
Bundesverkehrsminister

gige Projekte“ zu beschränken. Mit gemischtem Erfolg. „In manchen Landeshauptstadt werden immer noch endlose Listen erstellt“, grollte ein hochrangiger Beamter des Ramsauer-Ministeriums.

ONLINE

Die Infrastruktur galt als Rückgrat der Volkswirtschaft und Garant für den Wohlstand. Doch Straßen, Schienen- und Wasserwege, Energie- und Telefonnetze verkommen.

welt.de/infrastruktur

FN: TELEFON: 030 - 2591 71830 | FAX: 030 - 2591 71870 | EMAIL: WIRTSCHAFT@WELT.DE | INTERNET: WELT.DE/WIRTSCHAFT

Die Welt 19.06.13